Überblick[1]

Die rezenten Prognosen der EZB und der OECD für die Weltwirtschaft fallen mit einem Wachstum von jeweils 3% im Jahr 2022 deutlich geringer aus als zuletzt erwartet. Die Wachstumsaussichten mussten aufgrund des Kriegs in der Ukraine, gestörter Lieferketten, der „zero-Covid"-Politik der chinesischen Regierung und der deutlich gestiegenen globalen Inflation zurückgenommen werden. Trotz der Abwärtsrevision bleiben die Risiken für die weitere Konjunkturentwicklung nach unten gerichtet. Im Gegensatz dazu bestehen weiterhin Aufwärtsrisiken hinsichtlich der Energie- und Nahrungsmittelpreise und damit der Inflation.

Die weltweite Konjunkturdynamik war zu Jahresbeginn jedoch heterogen. Während die Wirtschaftsleistung in den USA im Vorquartalsvergleich rückläufig war, überraschte die Konjunktur zumindest zu Jahresbeginn in den zentral-, mittel- und osteuropäischen Ländern positiv, in China stieg das Wachstum (im Vorjahresvergleich) sogar leicht an.

Im Euroraum wuchs die Wirtschaftsleistung (+0,2%, im Vergleich zum Vorquartal) zu Jahresbeginn moderat. In der Juni-Prognose des Eurosystems wird für den Euroraum für 2022 ein reales BIP-Wachstum von nur noch 2,8% und für 2023 und 2024 von jeweils 2,1% erwartet. Das bedeutet eine Abwärtsrevision gegenüber März von fast einem Prozentpunkt 2022 sowie einem ¾ Prozentpunkt 2023. Die jährliche HVPI-Inflationsrate des Euroraums erreichte hingegen im Mai 8,1%. Der Anstieg ist primär auf die Energie- und Lebensmittelpreise zurückzuführen. Die Juni-Prognose des Eurosystems erwartet für 2022 eine Jahresinflationsrate von 6,8%, für 2023 von 3,5% und für 2024 von 2,1%. Dies entspricht einer Aufwärtsrevision von 1,7 (2022) sowie 1,4 (2023) Prozentpunkten) gegenüber der Märzprojektion. Der prognostizierte Rückgang der Inflation in den Jahren 2023 und 2024 geht hauptsächlich auf die Erwartung einer Moderation bei den Energie- und Lebensmittelpreisen zurück. Hinsichtlich der Kerninflation (ohne Energie und Lebensmittel) wird für 2022 eine Rate von 3,3%, für 2023 2,8% und für 2024 2,3% prognostiziert. In der Juni-Sitzung beschloss der EZB-Rat erstmals seit 11 Jahren die Leitzinsen anzuheben: Diese sollen, nachdem die Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen des Asset Purchase Programme mit 1. Juli eingestellt werden, im Juli um 25 Basispunkte erhöht werden. Im September soll ein weiterer Zinsschritt folgen, dessen Höhe von den mittelfristigen Inflationsaussichten abhängt. Die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere werden für längere Zeit nach der ersten Zinserhöhung vollumfänglich wieder angelegt. Der EZB-Rat erklärte, dass er bereit ist, alle seine Instrumente anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Inflation mittelfristig bei seinem Zielwert von 2 % stabilisiert.

In Österreich ist die Inflation zwischen April 2021 und April 2022 um 5,2 Prozentpunkte angestiegen, wobei die Energiepreise (+2,4 Pp), gefolgt von Nahrungsmitteln und Industriegütern ohne Energie (jeweils +1,2 Pp) am stärksten zu diesem Anstieg beigetragen haben. Im Jahr 2022 steigt die HVPI-Inflation laut Konjunktureinschätzung der OeNB auf 7,0 %. Infolgedessen ist insbesondere für 2023, aber auch noch für 2024 mit höheren Lohnabschlüssen zu rechnen. Die Inflationsrate bleibt daher trotz leicht fallenden Energiepreisen auch in den Jahren 2023 und 2024 mit 4,2 % bzw. 3,0 % deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Nach einem starken BIP-Wachstum zu Jahresbeginn erwartet die OeNB in der Konjunktureinschätzung vom Juni nach einem starken Wachstum zu Jahresbeginn im weiteren Jahresverlauf eine äußerst gedämpfte Wirtschaftsentwicklung. Auch in den Folgejahren wird sich die Konjunktur nur mäßig beschleunigen, die Aufholeffekte bleiben angesichts der unsicheren Lage gering. Das Wirtschaftswachstum liegt bei 3,8 % im Jahr 2022 und bei jeweils 1,9 % in den Jahren 2023/24.

[1] Autor: Klaus Vondra (Referat Konjunktur).